

Jürgen Vable

Editorial – Über Vertrauenskrisen ..... 167

## Abhandlungen

Felix Koehl

Das Normenkontrollverfahren im Verwaltungsprozess ..... 169

Die verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle nach § 47 VwGO ist ein Verfahren, bei dem das Oberverwaltungsgericht oder der Verwaltungsgerichtshof die Gültigkeit einer untergesetzlichen Norm überprüft. Dabei kann es sich um eine Satzung nach dem Baugesetzbuch, eine Rechtsverordnung nach § 246 BauGB oder eine andere landesrechtliche Rechtsvorschrift handeln, sofern das Landesrecht dies vorsieht. Die Normenkontrolle ist ein objektives Rechtsbeanstandungsverfahren, das von Personen beantragt werden kann, die durch die Norm oder deren Anwendung in ihren Rechten verletzt sind oder verletzt zu werden drohen. Die Normenkontrolle ist jedoch zeitlich begrenzt und muss innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung der Norm gestellt werden. Andernfalls kann die Norm nur noch inzident, d.h. im Rahmen eines anderen verwaltungsgerichtlichen Verfahrens, überprüft werden. Die Normenkontrolle dient der Rechtssicherheit und dem Rechtsschutz und ermöglicht es den Gerichten, die Vereinbarkeit von untergesetzlichen Normen mit höherrangigem Recht zu beurteilen.

Der Beitrag erläutert insbesondere die Zulässigkeitsvoraussetzungen des Normenkontrollantrags.

Tim Brockmann/Alexander Suslin

Amtshaftung: Ein Überblick. .... 177

Im Rechtsstaat des Grundgesetzes ist der Amtshaftungsanspruch gem. § 839 Abs. 1 Satz 1 BGB, Art. 34 Satz 1 GG ein besonders wichtiger Anspruch des öffentlichen Haftungsrechts. Der Beitrag vermittelt die Grundlagen der Vorschrift, ihrer Voraussetzungen und ihrer Rechtsfolge und zeigt anhand einiger Beispiele die Ausbildungsrelevanz auf.

Holger Weidemann

Die Pflicht der öffentlichen Verwaltung zur Aktenführung. .... 182

Obleich die ordnungsgemäß geführte Verwaltungsakte eine zentrale Rolle bei der Bearbeitung des Sachgegenstandes, der Abwicklung von Einsichts-, Auskunfts- und Informationsrechten und der externen und internen Verwaltungskontrolle spielt, gibt es kaum verbindliche, schriftlich fixierte Regelungen, die das Gebot der Aktenmäßigkeit gestalten. Diese Verpflichtung zur Führung von Akten folgt daher aus unterschiedlichen Rechtsprinzipien und – bezogen auf bestimmte Sachbereiche – konkreten Rechtsvorschriften.

Der Beitrag erläutert Grundlagen und Ausgestaltung einer ordnungsgemäßen Aktenführung.

Michael Jesser/Bernd Schröder

Rechtsfolgen der Zuweisung einer Landesbeamtin bzw. eines Landesbeamten zu einer kommunalen Organisationseinheit ohne Dienstherrenfähigkeit ..... 186

Nachdem die beamtenrechtliche Möglichkeit der Zuweisung einer Landesbeamtin bzw. eines Landesbeamten an eine öffentlich-rechtliche kommunale Organisationseinheit zur Aufgabenwahrnehmung bereits erörtert worden ist (DVP 2023, S. 15) werden hier die damit verbundenen Rechtsfolgen der Zuweisung gem. § 20 Abs. 1 BeamStG i. V.m. § 20 Abs. 3 BeamStG erläutert.

Philipp Legrand

Open Government – einführende Ansätze und Diskurse .. 190

Der Open Government-Ansatz zielt darauf ab, die Fähigkeit des Staates, Probleme zu lösen, zu erhöhen, indem er Bürger und privatwirtschaftliche Kompetenzen stärker einbezieht. Dabei werden auch Fragen der Demokratieerneuerung diskutiert, die parallel, aber klar getrennt verlaufen.

## Kurzinformationen und Splitter

Kurzinformation I – Gesetz zur Beschleunigung von verwaltungsgerichtlichen Verfahren im Infrastrukturbereich. .... 176

Splitter – Disziplinarrecht soll verschärft werden ..... 185

Kurzinformation II – Vorrang- und Beschleunigungsgebot für bestimmte Verfahren im verwaltungsgerichtlichen Verfahren ..... 189

Splitter – Ende des Atomzeitalters? ..... 199

## Fallbearbeitungen

Torsten F. Barthel/Holger Weidemann

Die unerwünschte Nutzung eines Wochenendhauses .. 195

Zu prüfen ist hier, ob und wie die sofortige Vollziehung einer Nutzungsuntersuchung angeordnet werden kann.

## Rechtsprechung

Zu den Anforderungen an die Beachtung des Richtervorbehalts (BVerfG; Beschluss vom 12.3.2019 – 2 BvR 675/14) ..... 200

Schadensersatz bei Falschbetankung eines Dienstfahrzeuges (BVerwG, Urteil vom 2.2.2017 – 2 C 22/16) ..... 202

Ausreiseverbot bei konkreter Entführungsgefahr im Ausland (OVG Lüneburg, Urteil vom 23.2.2018 – 11 LC 177/17) ..... 203

Vererbbarkeit einer Corona-Prämie (LAG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 24.3.2022 – 5 Sa 1708/21) ..... 207

Schrifttum ..... 208

Die Schriftleitung

Besuchen Sie uns auch im Internet unter:  
**www.mydvp.de**